



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2006

Am 26. März werden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen stattfinden. Die im Stadtjugendring Mannheim e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände haben hierzu Fragen und Statements aus unterschiedlichen Themenbereichen formuliert, zu denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten aller angetretenen Parteien äußern sollen. Die Antworten können interessierten Wählerinnen und Wählern - vor allem jenen, die zum ersten Mal an die Wahlurne gehen dürfen - einen Anhaltspunkt bieten, welche Positionen mit den eigenen am besten übereinstimmen und die schwierige Entscheidung des richtigen Kreuzes erleichtern.

Thema: Wahlalter

Die Gesellschaft wird immer älter. Diese Entwicklung macht auch vor unserem Bundesland nicht Halt. Für das Jahr 2050 wird folgende Verteilung prognostiziert:

Der Anteil der Menschen über 60 Jahre steigt von heute 23 Prozent auf gut 36 Prozent, gleichzeitig sinkt der Anteil der unter 20-Jährigen von 22 Prozent auf 16 Prozent (Quelle: Statistisches Landesamt: Statistik aktuell 2004).

Interessen jüngerer Menschen könnten dadurch im politischen Geschehen völlig ins Abseits geraten, wenn als entscheidende Wählerschaft nur noch die Älteren im Blick sind. Dabei sind es die jungen Menschen, die die Folgen heutiger Politik ausbaden müssen, von der Verschuldung über die Umweltverschmutzung bis zur Infrastrukturpolitik. Ob gut oder schlecht - die nachfolgenden Generationen müssen das Erbe antreten und haben gegenwärtig keine Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen, die die Weichen stellt.

Welche Chancen bieten sich durch eine Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre?

Wie stehen sie zu der Aussage, dass junge Menschen ein Mitspracherecht bei Entscheidungen haben müssen, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen?

Welche Ideen haben sie dazu - und wie stellen sie sich die Umsetzung dazu vor?

Thema: Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen, Familienförderung

Familien sind verstärkt auf Erwerbseinkommen angewiesen, weshalb oft beide Elternteile erwerbstätig sind. Die Anforderungen an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind entsprechend gewachsen. Beim bedarfsgerechten Um- und Ausbau der Kinderbetreuung gab es bereits Versuche zur Verbesserung der Situation mit dem Ziel einer kinderfreundlichen und kinderreichen Gesellschaft (z.B. Betreuungsangebote für Kinder von 0-3).

In der Jugendarbeit dagegen wird stark gekürzt, so dass Angebote für ältere Kinder und Jugendliche wegfallen. Vielfältige niederschwellige kulturelle Angebote für Jugendliche sind jedoch wichtig, da sonst die Vernachlässigung gerade von benachteiligten Jugendlichen droht.

Was gedenken Sie gegen zunehmende Verarmung (sowohl materiell als auch ethisch, moralisch und sozial) von Kindern und Jugendlichen zu tun?

Welche Vorschläge haben Sie zur Förderung und Finanzierung der Jugendarbeit?

Muss Jugendarbeit wieder mehr gefördert werden oder wird dieses Problem durch die Einführung der Ganztagschulen gelöst?

Thema: Antirassismus

Die Zunahme rechtsextremistischer Straftaten im Land lässt sich allein mit Verfassungsschutz und Polizei nicht in den Griff bekommen.

Gewalt geht vor allem von Skinheads aus. Neonazis verherrlichen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und verharmlosen oder leugnen die unter dem Nationalsozialismus begangenen schrecklichen Verbrechen.

Jedes Jahr steigen die Zahlen rechtsextremistischer Straftaten.

Auf der anderen Seite werden Aufklärungsprojekte gegen Fremdenfeindlichkeit und für mehr Demokratie nicht gefördert obwohl sie sich bewährt haben.

Was tun Sie um dieser Problematik entgegenzuwirken?

Thema: Ausbildung

Aufgrund stagnierender Abschlüsse von neuen Ausbildungsverträgen und steigenden Schulabgangszahlen sind dieses Jahr wieder mehr als 30.000 Jugendliche in Warteschleifen wie dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), in Einstiegsqualifizierungspraktika (EQJ) und Maßnahmen der Arbeitsagentur "geparkt" worden. 40,8 Prozent der ca. 90.000 Jugendlichen, die sich bei den Arbeitsagenturen gemeldet haben, sind Altbewerber/innen. Diese Zahl ist in den letzten fünf Jahren um 4,5 Prozent gestiegen. Hier baut sich eine gefährliche Bugwelle auf.

Die Wirtschaft ist ihren Versprechungen und Verpflichtungen bisher nicht nachgekommen, dies belegen offenkundig die Zahlen vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen:

In Baden-Württemberg bilden nur 28 Prozent der Betriebe aus, obwohl 59 Prozent ausbildungsberechtigt sind.

All diese Zahlen belegen, dass der Ausbildungspakt keine zusätzlichen Ausbildungsplätze geschaffen hat, obwohl dies die Eintrittskarte ins gesellschaftliche Leben ist.

Welche Lösungsvorschläge haben Sie, um jedem Jugendlichen in Baden-Württemberg einen auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot bereitstellen zu können und damit dem Artikel 12 Abs. 1 GG gerecht zu werden?

(Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.)

Thema: Sonderurlaub

In einigen Ländern praktiziert, in Baden-Württemberg diskutiert?: Anspruch auf Bezahlung des Sonderurlaubs

Ehrenamtliche engagieren sich mit einem hohen zeitlichen und persönlichen Einsatz in Ferienfreizeiten und sonstigen Angeboten und nehmen an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Jugendorganisationen teil. Sie bemühen sich darum, dass religiöses, soziales, politisches und ökologisches Handeln auch heute noch Werte für junge Menschen sein können.

Wie wichtig die Ehrenamtlichen für unsere Gesellschaft sind, lässt sich nicht exakt in Zahlen messen. Eines ist jedoch klar: dieses Engagement ist unverzichtbar und von daher unter gesetzlichen Schutz zu stellen! Das Gesetz für Sonderurlaub von 1953 gibt den Gruppenleiter/innen das Recht, bis zu 12 Tage Sonderurlaub für Freizeitveranstaltungen und Bildungsangebote zu erhalten.

Um das ehrenamtliche Engagement zu erleichtern dürfen den Beteiligten keinerlei Nachteile entstehen. Hierfür sind die Regelungen zum Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zu verbessern: Baden-Württemberg sieht den Sonderurlaub zwar vor, der Arbeitgeber kann ihn jedoch als unbezahlten Urlaub gewähren. Ein Rechtsanspruch auf Sonderurlaub und 100% Fortzahlung der Bezüge besteht nicht. Damit unterscheidet sich Baden-Württemberg beispielsweise von Hessen, wo die Arbeitgeber für die bezahlte Freistellung einen finanziellen Ausgleich vom Land erhalten. Dank dieser Regelung ist es Ehrenamtlichen möglich, auch angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen ihr Engagement in der Jugendarbeit aufrecht zu erhalten. Diese Regelung kann bundesweit als modellhaft angesehen werden, denn sie verhindert, dass ehrenamtliches Engagement durch persönliche Nachteile für die Aktiven quasi "bestraft" wird.

Sehen Sie im hessischen Modell eine richtungsweisende Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Ehrenamts?

Werden Sie sich für eine Übernahme des Modells in Baden-Württemberg einsetzen oder haben Sie andere gleichwertige Vorschläge?

Thema: Studiengebühren

Die Landesregierung will landesweit Studiengebühren in der Höhe von zunächst 500 Euro pro Semester einführen.

Hierbei betont Minister Frankenberg vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: „Die Hochschulen in allen Ländern brauchen künftig Studiengebühren, um mit diesen Geldern die Qualität der Ausbildung zu verbessern.“

Im internationalen Vergleich gibt es jedoch kein Land, in dem die Einführung von Studiengebühren zu mehr Geld für die Hochschulen geführt hat. Immer wurden die Grundmittel für die Hochschulen lang- und mittelfristig mindestens im Umfang der Studiengebühren gekürzt. Beispiele, in denen sich durch Studiengebühren eine erfolgreiche Aufwertung der Lehre an Hochschulen gezeigt hat, bleiben verborgen.

Die Einführung von Studiengebühren bewirkt zudem eine weitere Verzerrung der Chancengleichheit an der Teilnahme von Bildungsmöglichkeiten. Aus mehreren OECD-Studi-

en der letzten Jahre geht hervor, dass es kaum ein Land in Europa gibt, in dem Bildungschancen so sehr von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängen wie in Deutschland.

Welche Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach Studiengebühren auf die Bildungschancen junger Menschen?

Thema: Achtjähriges Gymnasium (G 8)

Den Schülern der Baden-Württembergischen Gymnasien wurde und wird durch die Bildungsreformen (achtjähriges Gymnasium, Oberstufenreform mit 5 Leistungskursen) immer mehr Freizeit genommen, während der sie sich nun nicht mehr in Vereinen und Jugendverbänden engagieren können. Dadurch geraten schon in absehbarer Zeit Vielfalt und Qualität der ehrenamtlichen Jugendarbeit in Gefahr.

Wie beurteilen Sie diesen Aspekt der Entwicklung?

Thema: Landesjugendplan

Über den Landesjugendplan wird ein Großteil der Jugendverbandsarbeit in Baden-Württemberg finanziert. Für viele, vor allem kleinere Verbände war dies in der Vergangenheit die einzige verlässliche Finanzierung.

Eine Anpassung des Landesjugendplans allein an die Inflation hat es jedoch seit vielen Jahren nicht mehr gegeben, ganz zu schweigen von den Mitteln, die zur Bewältigung der stetig gewachsenen Anforderungen an Jugendverbände und Jugendringe nötig wären. Im Gegenteil ist es kontinuierlich zu Kürzungen der Zuschussquoten beispielsweise für Seminare, Lehrgänge oder Material für die kostengünstigen Jugendfreizeiten gekommen. Dadurch sind vor allem kleinere Verbände in ihrer Existenz gefährdet, da sie u.a. Lohn- und Mietsteigerungen ebenso wie den rasanten Anstieg der Energiekosten nicht mehr kompensieren können. Die Gefahr besteht, dass bewährte Angebote wegfallen, die dann an anderer Stelle teuer wieder eingekauft werden müssen.

Wie wollen Sie für die anerkannt notwendige und hocheffiziente Arbeit der Jugendverbände und Jugendringe eine verlässliche Basis schaffen?

Wie wollen Sie vor allem kleinere Verbände vor dem Aus bewahren und die Vielfalt in der Jugendarbeit erhalten?

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 8. Februar 2006

Die Antworten der Kandidat/innen werden auf unserer Homepage sowie auf den Seiten zur Jugendwahl (www.jugendwahl-bw.de, jugendwahl-mannheim.de) veröffentlicht.